

Erster Haushalt nach Vorgaben der VRV 2015 erstellt: Stadt Braunau legt ausgeglichenes Budget für 2020 vor

Die Herausforderungen für das Jahr 2019 waren geprägt von einer in der jüngeren Geschichte der Stadt Braunau einmaligen Umstellung im Rechnungswesen. Der Voranschlag für das Jahr 2020 war erstmals nach den Vorgaben der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) zu erstellen und beinhaltet einen Ergebnis- und Finanzierungshaushalt. Während das Rechnungswesen auf Ebene der Gemeinden bisher kameral geprägt war, wird mit der VRV 2015 ein erweitertes kommunales Rechnungswesen mit doppelten Grundsätzen eingeführt.

Mit der VRV 2015 haben Voranschlag und Rechnungsabschluss auch hinsichtlich Aufbau, Gliederung und Inhalt ein neues Aussehen. Künftig gibt es zum Beispiel keine Unterteilung mehr zwischen ordentlichem und außerordentlichem Haushalt.

Die Umstellung auf das neue Haushaltsrecht ist zweifellos eine der bisher größten Organisationsreformen in der kommunalen Verwaltung, die die kommunalen Verantwortungsträger und die Finanzverwaltungen noch einige Jahre beschäftigen wird. Trotz dieser Einführung und damit verbundenen Herausforderungen konnte die Stadtgemeinde Braunau als eine von wenigen Gemeinden in Oberösterreich den Voranschlag 2020 noch im Jahr 2019 dem Gemeinderat zum Beschluss vorlegen.

Entwicklung der liquiden Mittel inklusive Zahlungsmittelreserven (Finanzierungsvoranschlag)

Die Einzahlungen der voranschlagswirksamen Gebärung liegen bei 58.055.200 Euro, die Auszahlungen der voranschlagswirksamen Gebärung bei 61.954.900 Euro. Die

Ein- und Auszahlungen der voranschlagswirksamen Gebärung ergeben somit einen negativen Saldo. Der Finanzierungsvoranschlag zeigt, dass die Höhe der Auszahlungen die Höhe der Einzahlungen überschreitet und sich die Höhe der liquiden Mittel um 3.899.700 Euro verringern wird. Die finanzielle Ausgeglichenheit bleibt jedoch gegeben, da Zahlungsmittelreserven für allgemeine Haushaltsrücklagen in der Höhe von 4.281.700 Euro (Endstand Nachtragsvoranschlag 2019) zur Verfügung stehen.

Die Ursache für die Verringerung der liquiden Mittel liegt in der investiven Gebärung, da die angesparten Rücklagen für die Finanzierung der Investitionsvorhaben 2020 verwendet werden müssen.

Betrachtet man die Entwicklung der gemeindeeigenen Steuern und Abgaben sowie die Bundesertragsanteile und stellt sie der Entwicklung der Kapitaltransferzahlungen gegenüber, zeigt sich, dass die Transferverpflichtungen gegenüber 2019 erneut gestiegen sind und diese bereits 58,41 Prozent betragen. Dies ist der höchste Belastungswert der letzten zehn Jahre.

Die Ertragsanteile wurden mit 17.649.500 Euro veranschlagt. Mit dem Anstieg der Ertragsanteile und der gemeindeeigenen Steuern werden die Gemeinden in den nächsten Jahren primär den Zuwachs bei den Personal-, Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen decken können.

Der Anstieg der Transferzahlungen und die damit einhergehenden Mehrbelastungen gehen zu Lasten der Investitionen und des Schuldenabbaus. Im Vergleich zum Vorjahr stehen der Stadtgemeinde Braunau für 2020 dadurch rund 1,1 Millionen Euro weniger zur freien Verfügung.

Die Finanzierung von wichtigen Investitionsmaßnahmen wird zusätzlich durch die Neuregelung bei der Vergabe von Landeszuschüssen und Bedarfszuweisungen mit dem Modell „Gemeindefinanzierung neu“ erschwert. Die Stadt Braunau erhält auf Grund der eigenen Finanzkraft aus den Projektfonds für förderfähige Projekte ab einer Investitionssumme von 200.000 Euro nur noch 20 Prozent Förderung, was bedeutet, dass 80 Prozent der Investitionskosten selbst aufzubringen sind.

Angepasst an die künftige Entwicklung wird es notwendig sein, weiterhin auf größtmögliche Sparsamkeit zu achten und adäquate Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen, damit auch künftig eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Braunau gewährleistet werden kann. Dies erfordert weiterhin die Unterstützung aller im Gemeinderat vertretenen politischen Fraktionen, aller Mandatarinnen und Mandatare sowie der gesamten Mitarbeiterschaft.

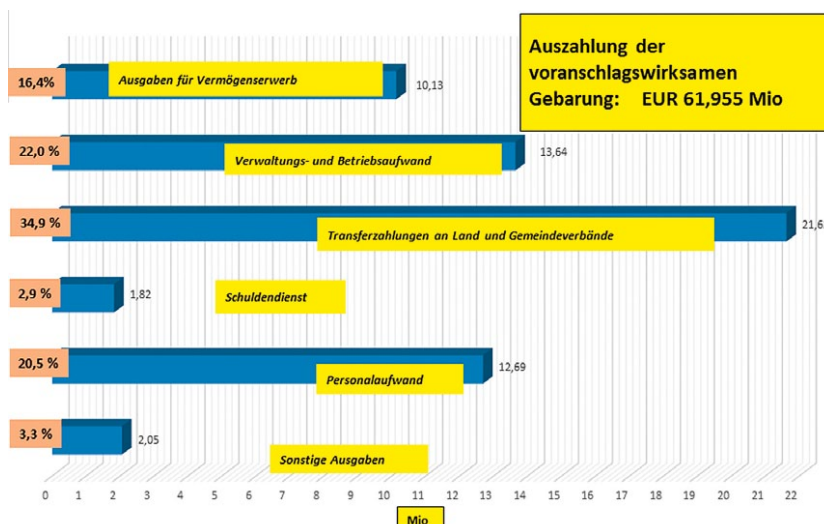
Personalausgaben

Der Personalaufwand inklusive Pensionsbeiträgen beträgt ohne Kostenersätze brutto 15,5 Millionen Euro und wird sich gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 2019, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Gehaltserhöhung und von individuellen Bezugssteigerungen, um 1.113.500 Euro erhöhen. Davon betreffen rund 442.000 Euro die Transferzahlungen an das Land Oberösterreich. Von den Mehrkosten beim Personalaufwand betreffen rund ein Drittel die städtischen Kindergärten.

Sach- und sonstige Ausgaben

Für den Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, sowie aktivierungspflichtigen Rechten sind insgesamt 621.000 Euro veranschlagt. Gegenüber dem Vorjahr ergibt das eine Reduzierung um 54.700 Euro.

Für den Betrieb der städtischen Kindergärten sind Aufwendungen in Höhe von 3.526.600 Euro erforderlich. Gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 2019 errechnet sich ein Mehraufwand von 281.100 Euro. Davon erhält die Stadtgemeinde 1.288.700 Euro vom Land an laufenden Zuschüssen. Das sind rund 36 Prozent der Ausgaben. Im Voranschlag 2019 lag dieser Anteil noch bei 42 Prozent.



Auf Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit wird nachdrücklich geachtet.

Der Gesamtaufwand für die Braunaauer Pflichtschulen, den die Stadtgemeinde als Schulerhalterin zu tragen hat, beträgt im Haushaltsjahr 2020 2.036.800 Euro. Für die städtischen Kindergärten belaufen sich die Ausgaben auf 3.930.300 Euro und die Einnahmen auf 1.541.900 Euro. Daraus ergibt sich ein Betriebsabgang von 2.388.400 Euro.

Derzeit besuchen 456 Kinder die städtischen Kindergärten und 57 Kinder den Schülerhort. Um den Betrieb der Krabbelstube weiterhin aufrechterhalten zu können, ist für das Jahr 2020 ein finanzieller Zuschuss von 386.000 Euro vorgesehen.

Zur Bestreitung des Aufwandes für die Landesmusikschule sind 134.500 Euro zu veranschlagen, das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um rund 4 Prozent.

Der Gesamtaufwand für den Wirtschaftshof für das Jahr 2020 beträgt 2.296.000 Euro.

Der Betrieb des Citybusses im Wege des OÖ. Verkehrsverbundes wird gemeinsam vom Land und der Stadtgemeinde finanziert. Bis 30.06.2020 übernimmt das Land 49 Prozent und die Stadtgemeinde somit 51 Prozent der Kosten. Ab 01.07.2020 hat die Stadtgemeinde Braunau zwei Drittel der Kosten zu tragen. Im Jahr 2020 ergibt dies einen veranschlagten Betrag von 374.400 Euro für die Stadtgemeinde.

Transferzahlungen an Träger öffentlichen Rechts

Hierzu zählen Zahlungen an den Bund, das Land Oberösterreich, Gemeindeverbände und sonstige Träger öffentlichen Rechts wie z.B. Krankenanstaltenfonds, Sozialhilfverband etc. Waren hier 2019 insgesamt 17,6 Millionen Euro an Kapitaltransferzahlungen zu planen, so sind 2020 rund 18,8 Millionen Euro vorgesehen. Wesentlich sind bei diesen Transferzahlungen der Krankenanstaltenbeitrag mit einer Höhe von 4,9 Millionen Euro und die Sozialhilfverbandsumlage mit rund 6,7 Millionen Euro; rund 2 Millionen Euro hat die Gemeinde an Landesumlage zu bezahlen.

Schuldendienst und Schuldenstand

Der Annuitätendienst (Tilgung und Zinsen) erhöht sich aufgrund der im Vorjahr im Gebührenbereich aufgenommenen Darlehen um 88.700 Euro und beträgt 2.346.800 Euro; das sind 4,59 Prozent der laufenden Geschäftstätigkeit.

Die einzelnen Bereiche der investiven Gebarung, mit Gesamtausgaben von 10.832.400

Euro sind im Diagramm „Ausgaben im Investitionshaushalt“ dargestellt. Zur Finanzierung der investiven Gebarung ist festzustellen, dass der Voranschlag 2020 Darlehensaufnahmen in Höhe von 1.386.700 Euro im Bereich der öffentlichen Schulden für den Straßenbau benötigt. Für die Investitionsvorhaben Wasserleitungs- und Kanalbau sind Darlehensaufnahmen von 1.105.100 Euro bzw. 2.612.300 Euro erforderlich. Mit Jahresende 2020 errechnet sich somit ein Gesamtschuldenstand von 32.533.500 Euro, wovon 4.781.400 Euro auf die öffentlichen Schulden entfallen.

Bundesertragsanteile

Die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundesertragsanteilen wurden entsprechend dem Landeserlass mit 17.649.500 Euro veranschlagt. Daraus resultieren Mehreinnahmen gegenüber dem Nachtragsvoranschlag von 518.300 Euro.

Ausschließliche Gemeindeabgaben

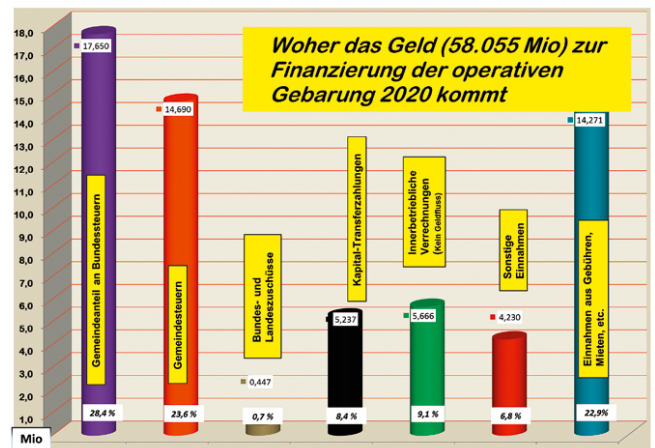
Die Einnahmen daraus belaufen sich für das Jahr 2020 auf insgesamt rund 14,25 Millionen Euro. Als Hauptposition ist die Kommunalsteuer mit 11,87 Millionen Euro zu sehen. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um rund 3 Prozent und ergibt Mehreinnahmen von 345.000 Euro. Bei den übrigen Steuern und Abgaben ergeben sich gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Änderungen.

Wasser- und Kanalbenutzungsgebühren

Der Haushaltsvoranschlag 2020 beinhaltet Wasserbezugsgebühren in Höhe von 1,67 Euro pro Kubikmeter und Kanalbenutzungsgebühren in Höhe von 3,91 Euro pro Kubikmeter zuzüglich Umsatzsteuer. Gegenüber dem Vorjahr war hier auf Grundlage des Landeserlasses nur bei den Kanalgebühren eine Anhebung um 0,08 Euro notwendig.

Schwerpunkte im Investitionshaushalt

Für Gemeindestraßen und Ortswege ist ein Betrag von 1.764.600 Euro veranschlagt. Mit 542.800 Euro stellt das Vorhaben Sanierung/Neubau Bahnhofstraße den Großteil der Investitionen dar. Für die Begleitmaß-



nahmen im Zusammenhang mit dem ÖBB-Großprojekt am Bahnhof Braunau sind verschiedene Investitionen im Gesamtausmaß von 668.500 Euro im Budget enthalten.

Für den Ausbau der Notwasserversorgung Braunau (Brunnen III) sind im Jahr 2020 noch Ausgaben von 470.000 Euro notwendig. Für weitere Investitionen sind für die Wasserversorgung zusätzlich 635.100 Euro veranschlagt. Die Erweiterung und Sanierung der Abwasserbeseitigung ist mit 2.837.800 Euro budgetiert.

Für den notwendigen Neubau des Kindergartens Neustadt und Zubau Kindergarten Stadt sind Rücklagen in Höhe von 1.858.000 Euro im Budget enthalten.

Die Stadtgemeinde Braunau wird daher weiterhin ihrer Rolle als wichtiger Investor gerecht und kann die heimische Wirtschaft mit entsprechenden Aufträgen versorgen, wobei den Grundsätzen der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit Rechnung getragen wird.

Zum Zeitpunkt der Voranschlagsstellung stehen der Gemeinde Zahlungsmittelreserven in Höhe der Rücklagen im Ausmaß von 4.281.700 Euro zur Verfügung. Diese Zahlungsmittelreserven sind im Girokontostand der Stadtgemeinde enthalten. Dieser Nachweis ist in der vermögensunwirksamen Gebarung des Haushaltsjahres 2019 ausgewiesen.

Zum Haushaltsausgleich mussten Zahlungsmittelreserven in Höhe von 3.899.700 Euro in Anspruch genommen werden.

